Stand: 05.09.2025 21:56:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6519

"Jährliche Pflichtinspektion für ältere Autos verhindern – Keine Belastung von Autofahrern mit zusätzlicher Bürokratie und höheren Kosten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6519 vom 30.04.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7985 des BV vom 01.07.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.04.2025 **Drucksache** 19/**6519**

Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Jährliche Pflichtinspektion für ältere Autos verhindern – Keine Belastung von Autofahrern mit zusätzlicher Bürokratie und höheren Kosten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die von der EU-Kommission verfolgten Pläne, eine jährliche Pflichtinspektion für über zehn Jahre alte Kraftfahrzeuge einzuführen, ersatzlos aufgegeben werden.

Die Staatsregierung wird überdies aufgefordert, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass Pläne der EU-Kommission, Kilometerstände in nationalen Datenbanken zu erfassen, nicht weiter verfolgt werden.

Begründung:

Spätestens Ende April wurden in den Medien Pläne der EU-Kommission bekannt für Kraftfahrzeuge, die älter als zehn Jahre sind, eine jährliche Pflichtinspektion einzuführen. In Deutschland gilt bislang eine verpflichtende Hauptuntersuchung alle zwei Jahre, unabhängig vom Alter der Kfz (Neuwagen: erstmalig nach drei Jahren). Überdies sollen die Kilometerstände von Autos in nationalen Datenbanken erfasst werden.

Die Kommission begründet ihren Vorschlag damit, dass diese Maßnahme zu geringeren Unfallzahlen und einer Senkung der Zahl der Verkehrstoten und Verletzten um ein Prozent führen würde. „Da Autos für den weitaus größten Teil der Todesfälle verantwortlich sind, und selbst wenn technische Defekte nur einen relativ geringen Anteil an den Unfallursachen ausmachen, kann die jährliche Inspektion älterer Autos einen erheblichen Unterschied machen. Dies gilt insbesondere für die Sicherheit“, zitieren verschiedene Medien aus dem Vorschlag.

Bereits die Kann-Formulierung deutet daraufhin, dass die erwarteten Effekte einer solchen Verkürzung der Untersuchungsintervalle nicht auf belastbaren Daten beruhen. Es wird auch ausdrücklich von einer „Schätzung“ gesprochen, deren Herleitung aber nicht transparent gemacht wird. Entsprechend hält auch der ADAC eine solche Maßnahme „nicht für notwendig“ und auch nicht für angemessen. Einer höheren Verkehrssicherheit würde eher eine Ausweitung des Prüfumfangs dienen.

Sehr viel konkreter zeichnen sich die negativen Folgen einer solchen Maßnahme ab. Laut dem Kraftfahrt-Bundesamt beträgt das Durchschnittsalter der zugelassenen Pkw in Deutschland 10,6 Jahre. Etwa 46 Prozent aller in Deutschland zugelassenen Pkw wären von der neuen Regelung betroffen – mithin fast jedes zweite Auto. Für die betroffenen Autofahrer bedeutete dies höheren Zeitaufwand sowie zusätzliche Kosten durch die Hauptuntersuchungstermine und ggf. extra anfallende Reparaturen. Hierbei ist auch eine soziale Komponente zu berücksichtigen, da ältere Autos oft von Personen gefahren werden, die weniger einkommens- und vermögensstark sind. Dazu zählen oft auch jüngere Fahrer, sodass ein mögliches höheres Unfallrisiko eher auf die geringere Erfahrung der Fahrer als auf eine höhere Anfälligkeit für technische Defekte bei den Fahrzeugen zurückzuführen sein wird.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Absehbar ist klar auch ein massiv erhöhter bürokratischer Aufwand, während im Gegenzug der Sinn etwa von nationalen Datenbanken für Kilometerstände völlig unklar bleibt.

Da überdies in dem Vorschlag der tendenziell höhere Schadstoffausstoß älterer Autos betont wird, steht zu vermuten, dass die Verkehrssicherheit nur als Vorwand für eine weitere „klimapolitische“ Offensive herhalten muss.

Die Angabe der Kommission, dass in 16 der 27 Mitgliedstaaten, eine jährliche Überprüfung von mehr als zehn Jahre alten Kfz bereits gilt, ist als argumentatives Hilfskonstrukt zu werten, solange die positiven Effekte dieser Regelung nicht eindeutig quantifiziert werden.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 01.07.2025 **Drucksache** 19/**7985**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Drs. 19/**6519**

Jährliche Pflichtinspektion für ältere Autos verhindern – Keine Belastung von Autofahrern mit zusätzlicher Bürokratie und höheren Kosten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Markus Striedl**
Mitberichterstatter: **Jochen Kohler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 1. Juli 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   Ablehnung empfohlen.

Jürgen Baumgärtner
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.